

« Zukunftsdësch Politesch Bildung zu Lëtzebuerg »

sous le patronage du Président de la Chambre des Députés

le 23 avril 2015 au Lënster Lycée à Junglinster



Revue de presse

Bis zu 3.200 Euro bei „Congé parental“

TRIPARTITE Verhaltener Optimismus bei weiterhin blockierten Dossiers

Beim gestrigen Treffen der Sozialpartner mit der Regierung wurde eine Neureglung des Elternurlaubs beschlossen. Künftig wird es einen Minimalbetrag in Höhe des sozialen Mindestlohns und einen Maximalbetrag von 3.200 Euro für jene geben, die mehr verdienen.

Eines der Hauptthemen, welches im Vorfeld der Tripartite für Diskussionen sorgte, ist der Elternurlaub. Gestern wurde in dieser Frage nun eine Einigung erzielt. Es sei eine wichtige Etappe in der Familienpolitik erzielt worden, resümierte Premierminister Bettel die Gespräche.



Foto: François Aussems

Einklang mit Familie

Dabei geht man einen völlig neuen Weg. Die Sozialpartner beschlossen die Einführung einer Art Erstatteinkommen. Dieses soll zwischen dem Mindestlohn (1.922,96 Euro) und 3.200 Euro liegen. Bislang lag der monatliche Betrag für Elternurlaub bei 1.778 Euro. In anderen Worten, wer zwischen Mindestlohn und 3.200 Euro verdient, behält sein Gehalt, erst ab 3.200 greift die Begrenzung. Ziel dieser Maßnahme sei es, auch den Leuten, die während des „congé parental“ zu viel an Einkommen eingebüßt hätten, den Zugang zu der Sozialmaßnahme zu ermöglichen. Beide Elternteile können ihn des Weiteren nun zusammen beantragen, wurde am Freitag erklärt.

Im Oktober wird man sich ein weiteres Mal treffen

Antragsteller können den Urlaub für sechs Monate ganz oder zwölf Monate halbtags beantragen.

Es ist aber auch eine flexible Lösung mit mehreren Arbeitstagen pro Woche möglich. So können zum Beispiel mit der Erlaubnis des Arbeitgebers Eltern während 20 Monaten einen Tag pro Woche Elternurlaub beantragen, oder vielmals einen Monat. Bisher konnten nur Personen Elternurlaub beantragen, die mindestens 20 Stunden pro Woche arbeiteten. Diese minimale wöchentliche Arbeitsdauer wird nun auf zehn Stunden gesenkt. Neues gibt es auch, was das Alter des Kindes anbelangt. Bis jetzt galt die Regel, dass der Elternurlaub

bis zum Ablauf des fünften Lebensjahres des Kindes genommen werden musste. Diese Grenze wird jetzt auf sechs Jahre erhöht. 2013 wurden 4.077 Anträge auf Elternurlaub beim Familienministerium eingereicht.

Am Montag wird Familienministerin Corinne Cahen die zuständige Parlamentskommission über die neuen Regeln informieren und anschließend auf einer Pressekonferenz die Details erläutern.

Laut OGBL-Präsident André Roeltgen wurden bei der Tripartite auch in anderen Fragen Fortschritte erzielt. Der Gewerkschaftschef ist zuversichtlich, dass man demnächst Resultate in vielen Dossiers erzielen wird.

Nicht weiter kam man aber im Dossier der Arbeitsplatzsicherung. Hier soll eine Arbeitsgruppe Lösungsansätze erarbeiten, wie die Arbeitnehmer im Falle eines Konkurses z.B. besser abgesichert werden könnten. Der OGBL lehnt nach wie vor eine weitere Flexibilisierung der Arbeitszeiten ab. Stattdessen sollte man auch über Möglichkeiten der Arbeitszeitverkürzung reden.

Premierminister Bettel war mit dem Ergebnis der Tripartite zufrieden.

Gegen Flexibilisierung

Man sei in vielen Bereichen weitergekommen, wo seit Jahren

Stillstand herrschte, so ein zufriedener Regierungschef gestern. Er nannte den Solidaritätsvorruhestand (prétraite-solidarité) und die 52-Wochen-Regel bei Krankmeldungen als Beispiel. Patrick Dury bezeichnete Letztere jedoch als „Schande“ und forderte eine schnellere Lösung. Ziel müsse sein, schwerkranke Arbeitnehmer in einem Arbeitsverhältnis zu behalten. Michel Wurth, Präsident des Arbeitgeberverbandes UEL, meinte in diesem Zusammenhang, dass die Arbeitgeber bereit seien, in Härtefällen Arbeitnehmern auch über die 52 Wochen hinaus die Möglichkeit zu einem Verbleib auf dem Arbeitsmarkt zu bieten, man wolle jedoch den aktuellen gesetzlichen Rahmen nicht sprengen.

Wurth zeigte sich erfreut darüber dass die Arbeitslosigkeit sinkt. Auch er ist mit dem Ausgang der Gespräche zufrieden. Die Arbeitgebervereinigung bedauerte aber, dass keine Lösung gefunden wurde, was z.B. eine bessere Unterstützung für die Luxemburger Exportbetriebe anbelangt. Hier gehe es um die Frage eines Gleichgewichts zwischen der Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe und der Lohnpolitik, erinnerten die Arbeitgeber. Was die Lohnfortzahlung betrifft, zeigte man sich vorsichtig optimistisch, auch wenn noch keine Einigung erzielt wurde. Das gehe in die richtige Richtung, freute sich Bettel. Die nächste Tripartite-Sitzung findet am 12. Oktober statt.
rh/SeK

Vom Sandkasten bis zum Abitur

POLITISCHE BILDUNG BEI JUGENDLICHEN „Zukunftsdösch“ diskutiert neue Methoden



Foto: Didier Sylvestre

Im kleinen Kreis wurde über die Partizipation von Kindern diskutiert

Damien Valvasori

Die politische Bildung von Kindern und Jugendlichen ist für deren Interesse an der Gesellschaft und an der demokratischen Staatsform unabdinglich. Um gegen die teilweise vorherrschende Politikverdrossenheit der Jugend anzukämpfen, wurde am Donnerstag der sogenannte „Zukunftsdösch Politisch Bildung zu Lëtzebuerg“ einberufen.

In Junglinster versammelten sich Erzieher, Lehrer der Primär- und der Sekundarstufe sowie Vertreter des Bildungsministeriums, um neue Methoden für die politische

Bildung von Kindern und Jugendlichen auszuarbeiten. Diese Versammlung, welche unter der Schirmherrschaft des Präsidenten des Parlaments steht, wurde von Mars di Bartolomeo und Bildungsminister Claude Meisch als exemplarisch eingestuft.

„Wir brauchen und wollen eine politische Bildung der Jugend. Ich bin deshalb äußerst froh darüber, dass eine politische Institution wie das Parlament die Schirmherrschaft für die heutige Veranstaltung übernimmt. Hier geht es nicht um eine Indoktrinierung durch die Politik, sondern um die Unterstützung des politischen Meinungsbildungsprozesses“, so Di Bartolomeo. Dank einer Vernetzung der Poli-

tik und der Schule könne man den Kindern und Jugendlichen „das Mitbestimmen innerhalb der Gesellschaft“ besser vermitteln. Ein obligatorischer Besuch von Schulklassen im Parlament sei vor diesem Hintergrund wünschenswert.

Bildungsminister Claude Meisch wies seinerseits darauf hin, dass die Politik im Alltag der Jugend vorhanden ist, auch wenn diese es nicht immer merkt: „Politik ist ganz alltäglich und fängt dort an, wo zwei Menschen eine Entscheidung treffen müssen. Die politische Bildung beginnt eigentlich schon im Sandkasten“, so der DP-Politiker. Aus diesem Grund sei es wichtig, Kinder bereits sehr früh im formellen und informellen Bildungsbereich Politik bzw. Partizipation zu vermitteln.

Vor diesem Hintergrund wurden im Rahmen des „Zukunftsdösch Politisch Bildung zu Lët-

zebuerg“ unter anderem ein Seminar zur Förderung der Partizipation an Luxemburger Kindertagesstätten angeboten. Die Seminarleiter wiesen darauf hin, dass „auch ein kleines Kind kompetent ist und eine eigene Meinung hat. Kinder sind gleichwertige Mitglieder der Gesellschaft.“ Aus diesem Grund hätten sie ein Recht darauf, im Alltag der Kindertagesstätten eingebunden zu werden.

Es wird beispielsweise empfohlen, den Kindern die Möglichkeit zu geben, durch Abstimmungsprozesse über die Aktivitäten oder das Essen in den Kindertagesstätten mitzuentcheiden. Auf diese Weise würden sie lernen, dass ihre Meinung wichtig ist und etwas bewegen kann. Diese Form der Partizipation würde einer möglichen späteren Politikverdrossenheit entgegenwirken. Letztlich wurde beim „Zukunftsdösch Politisch Bildung zu Lët-

zebuerg“ deutlich, dass die politische Bildung der jungen Generation bereits im frühen Kindesalter beginnt und während der Schulzeit stetig gefördert werden muss.

Die politische Bildung beginnt schon im Sandkasten

Claude Meisch, Bildungsminister

Neue Zentrale für politische Bildung?

Parlamentspräsident Mars di Bartolomeo und Bildungsminister Claude Meisch haben beim „Zukunftsdösch“ die Idee einer Luxemburger Zentrale für politische Bildung ins Spiel gebracht. „Wir können uns auch an guten Ideen aus dem Ausland orientieren. Ein Beispiel ist die deutsche Bundeszentrale für

politische Bildung“, so der LSAP-Politiker. Auch Claude Meisch befürwortete die Gründung einer solchen Zentrale. Die deutsche Bundeszentrale für politische Bildung (BPB) hat laut eigener Aussage zum Ziel, „das demokratische Bewusstsein in der Bevölkerung zu fördern und die Menschen in

der Bundesrepublik Deutschland zu motivieren und zu befähigen, mündig, kritisch und aktiv am politischen Leben teilzunehmen.“ Um dieses Ziel zu erreichen, bietet die BPB unter anderem Print-Publikationen, Veranstaltungen, Kongresse, Seminare und das eigene Online-Portal www.bpb.de an.

Methode suchen

„Zukunftsdesch Politesch Bildung zu Lëtzebuerg“ im „Lënster Lycée“

JUNGLINSTER
PATRICK VERSALL

Mündige Bürger fallen nicht vom Himmel. Eine Feststellung, die so neu gar nicht ist, den Teilnehmern des „Zukunftsdesch Politesch Bildung zu Lëtzebuerg“, der gestern im neuen „Lënster Lycée“ über die Bühne ging, aber erneut ins Gedächtnis gerufen wurde.

Die politische Bildung innerhalb, aber auch außerhalb der Schulmauern soll verbessert werden. Die vor der offiziellen Eröffnung des vom „Service de coordination de la recherche et de l'innovation pédagogiques et technologiques“ (SCRIPT) des Bildungsministeriums organisierten Veranstaltung auf eine Leinwand projizierten Schülermeinungen zu Themen wie Politik, Demokratie oder Engagement verdeutlichten, dass zweifelsohne Nachholbedarf im Bereich der politischen Bildung besteht. „Politik ist kompliziert“, „Politik ist für mich eine Illusion“ oder „Politik interessiert mich nicht wirklich“ lauteten einige der Aussagen, mit denen die Grund- und Gymnasialschüler die Teilnehmer des „Zukunftsdesch“ - unter ihnen Pädagogen, Lehrer, Politiker, Vertreter von NGOs - konfrontierten. Politische Bildung muss demnach ihren Weg in den Bildungsapparat noch finden.

In die richtige Richtung

Es solle keine Berührungängsten zwischen der Politik und den Schulen geben, unterstrich Parlamentspräsident Mars Di Bartolomeo in seiner Begrüßungsansprache und hob im gleichen Atemzug aber hervor, dass es sich keineswegs um eine Indoktrinierung der jungen Leute handeln soll. Die Teilnehmer der Veranstaltung tauschten sich bis gestern Nachmittag in Seminaren zum Thema aus. Ziel dieses Tages sei es, sich zusammen zu setzen, um herauszufinden, wie politische Bil-



Michèle Schilt (l.) und Marc Schoentgen vom SCRIPT führten ins Thema ein

Foto: Didier Sylvestre

dung aussehen solle, fasste Michèle Schilt vom SCRIPT den „Zukunftsdesch“ zusammen, die sie mit ihrem Kollegen Marc Schoentgen gemeinsam initiiert hat. Viele Akteure seien auf dem Gebiet der politischen Bildung aktiv, nun gelte es unter anderem diese untereinander zu vernetzen.

Ein erster Schritt in diese - richtige - Richtung wurde gestern in Junglinster unternommen. Die Wichtigkeit der Vernetzung sprach auch der Kammerpräsident an und wies darauf hin, dass es darum gehe eine Methode zu suchen und zu finden, um einen Meinungsbildungsprozess zu entwickeln.

Für Bildungsminister Claude Meisch ist Politik etwas Allgegenwärtiges; in seiner Ansprache betonte er, dass es relevant sei, dass Kinder in ihren jeweiligen Schulen in die jeweiligen Diskussions- und Entscheidungsprozesse mit eingebunden werden. Der Minister hegte den Wunsch, dass am Ende des Tages viele neuen Ideen auf dem Diskussionstisch liegen sollten, die man umsetzen werde. Die Ergebnisse der Seminare und Workshops wurden gestern am frühen Abend präsentiert. Sie könnten als Bausteine für das vom Minister angekündigte Zentrum für politische Bildung benutzt werden, erklärten die Organisatoren. ●

LuxLeaks : une troisième inculpation

Le journaliste français Édouard Perrin, qui a révélé le scandale LuxLeaks, a été inculpé, hier, par le parquet luxembourgeois pour vol domestique et blanchiment. «À ce jour, le juge d'instruction a procédé à l'inculpation d'un seul journaliste français. Il lui est reproché d'être coauteur, sinon complice des infractions commises par l'un des anciens collaborateurs de PwC», a indiqué le parquet. Cette inculpation est la troisième au Luxembourg, après celle d'un ancien collaborateur du cabinet d'audit, Antoine Deltour, et d'un second employé de PwC, d'où provient une grande partie des documents de LuxLeaks. Elle fait suite à une plainte de PwC déposée en juin 2012.

Démocratie et structure autoritaire

Un centre pour l'éducation à la citoyenneté ne sera pas de trop. Claude Meisch a annoncé sa création pour servir de soutien aux initiatives d'une initiation politique.

Hier, au lycée de Junglinster, enseignants et éducateurs se sont penchés sur l'éducation à la citoyenneté qui doit s'intégrer dans le nouveau cours «vie et société».

De notre journaliste
Geneviève Montaigu

La démocratie à l'école débute avec l'élection d'un délégué de classe. Puis l'éducation à la citoyenneté se poursuit avec les cours de morale et d'instruction civique, mais cela reste globalement faible. Or éduquer l'enfant à devenir citoyen est une préoccupation qui

touche tous les acteurs du secteur éducatif, de la maison relais, au club des jeunes en passant, bien sûr, par l'école, même si cette dernière apparaît plutôt comme un lieu de dictature, à l'opposé de la démocratie. «Comment faire agir l'élève dans une structure autoritaire, c'est bien là toute la question», reconnaît Marc Schoertgen du Script.

Hier, 140 personnes, essentiellement des enseignants et des éducateurs, ont participé à la table ronde sur l'éducation à la citoyenneté, organisée par le ministère de l'Éducation nationale sous le patronage du président de la Chambre des députés,

Mars Di Bartolomeo. Le but est de créer un réseau solide entre tous les acteurs afin de parfaire la formation des élèves à devenir des citoyens.

Une éducation nécessaire

Pour savoir ce qu'est un citoyen et à quoi doit ressembler l'éducation à la citoyenneté, il y a plusieurs approches et elles ont été déclinées à travers les sept ateliers de travail d'hier. Interventions d'experts, discussions et conclusions.

Parmi les experts, François Auri-

gier, docteur en didactique des disciplines à l'université de Genève. Pour lui, l'éducation à la citoyenneté doit être liée à la notion de droit.

«L'article premier de la Déclaration des droits de l'homme et du citoyen dispose que les hommes naissent égaux en droit et en dignité. Or déclarer l'égalité entre les humains, ce n'est pas naturel. Si ce n'est pas naturel, alors il faut une éducation. À partir du moment où on a affaire à un enjeu social absolument fondamental duquel peut dépendre l'avenir de nos démocraties, et Dieu sait si elles sont en danger, il faut pouvoir juger», explique-t-il.



C'est à l'école que la démocratie doit être découverte.

Trop de «vivre ensemble»

Il ne s'agit pas, pour le professeur, d'une éducation qui est «la répétition du fonctionnement des institutions». C'est davantage «l'étude raisonnée de situations sociales dans laquelle va intervenir le rapport à la loi et au droit», dit-il. Il part du principe que la loi n'est pas nécessairement juste. Il examine d'abord la loi en fonction d'un certain nombre de valeurs et de principes, puis comment l'égalité se manifeste dans la vie sociale. «Or ce que nous connaissons dans la vie sociale, ce sont des inégalités. C'est parce que nous avons construit le concept d'égalité, que nous pouvons dire que cette situation sociale doit être changée. Enfin, c'est la responsabilité politique des citoyens de changer la loi», explique-t-il.

Selon le professeur François Auri-gier, une des perversions de l'éducation à la citoyenneté, c'est son assimilation au «vivre ensemble». «On le voit dans les pratiques scolaires, on pacifie les relations pour ne pas qu'il y ait de problème. La citoyenneté, c'est le risque de la division comme la démocratie est le risque de désaccord. Mais on n'a pas inventé mieux pour permettre de reconnaître que, dans le fondement des sociétés, il y a la différence et potentiellement le désaccord. Le vote n'est qu'une procédure de division. Mais la question fondamentale c'est le débat, c'est l'échange d'arguments. Avec les élèves, on travaille sur les arguments», conclut-il.

„Der politische Wille ist vorhanden“

Luxemburg soll bald ein eigenes „Zentrum für politische Bildung“ erhalten

Die Idee einer Zentrale für politische Bildung wird seit Jahren von Parteien und Akteuren der Zivilgesellschaft gefordert. In naher Zukunft soll das Projekt in Luxemburg endlich Realität werden. Dies bestätigte Bildungsminister Claude Meisch gegenüber dem LW. Meisch hatte die Idee zuvor auf dem „Zukunftsdësch Politesch Bildung“ im Lënster Lycée in Junglinster ins Spiel gebracht.

Koordination und Ressourcen

An der Veranstaltung nahmen diverse Akteure der Jugendbildung teil. In Form von Vorträgen von Experten und fachlichen Ateliers tauschte man sich hier über den aktuellen Stand und die Perspektiven der politischen Bildung in Luxemburg aus. Die Teilnehmer waren sich einig in der Forderung nach einer zentralen Struktur, die die Aufklärung und Förderung der Teilhabe in politischen Fragen zum Ziel haben müsse.

Einer der Organisatoren des „Zukunftsdësch“, Marc Schoentgen, betonte den dringenden Bedarf an Koordination. Viele Akteure der Zivilgesellschaft würden das Ziel von mehr politischer Bildung teilen, aber oft nichts voneinander wissen oder seien nicht genug vernetzt.

Die Idee eines eigenen Zentrums für politische Bildung trage



Claude Meisch will bald Ergebnisse liefern. (FOTO: GUY JALLAY)

sowohl dem gesellschaftlichen Bedarf als auch den politischen Prioritäten seines Ministeriums Rechnung, sagt Bildungsminister Meisch. Er spricht von einem „Referenzzentrum“, das alle Akteure versammeln sowie die nötigen finanziellen und organisatorischen Ressourcen bereitstellen soll. Dabei orientiere man sich unter anderem, aber „nicht eins zu eins“, am deutschen Modell der „Bundeszentrale für politische Bildung“, so der Bildungsminister.

Es gehe wie in anderen politischen Bereichen seines Ressorts

um einen ganzheitlichen Ansatz, so Meisch weiter. „Vom Kindergarten über die Grundschule und die Lyzeen bis zur Universität“ soll demnach die politische Bildung verstärkt werden. Dabei hätten nicht nur die Schulen und staatlichen Einrichtungen eine Verantwortung, sondern ausdrücklich auch die Akteure der Zivilgesellschaft, die sich mit den gleichen Fragen beschäftigen.

Projekt noch in Planung

Die konkreten Planungen seien aber noch nicht so weit vorangeschritten, sodass man auch weitere Vorschläge und Forderungen der in diesem Bereich erfahrenen Akteure noch berücksichtigen werde, betont Meisch. Unter anderem zu diesem Zweck war der Minister auch in Junglinster vor Ort – einmal um die Veranstaltung gemeinsam mit Parlamentspräsident Mars Di Bartolomeo zu eröffnen und ein weiteres Mal, um sich über die Ergebnisse des „Zukunftstisches“ zu informieren.

Auf einen genauen Zeitplan will sich der Minister allerdings noch nicht festlegen. Bisher befinde man sich immer noch in der Planungsphase. Man wolle in diesem Dossier aber „zügig vorankommen“. „Der politische Wille ist vorhanden“, so Meisch. (CBu)

Es wurde mehrmals darauf hingewiesen, wie wichtig es ist, unsere Gesellschaftsform in der Schule in die Praxis umzusetzen

„Demokratie als Auftrag“

POLITISCHE BILDUNG IN LUXEMBURG?

Guy Linster

Beim „Zukunftsdësch politisch Bildung zu Lëtzebuerg“ am 23. April 2015 schlugen Kammerpräsident Mars di Bartolomeo und Unterrichtsminister Claude Meisch vor, eine Zentrale für politische Bildung einzurichten. Dieser Vorschlag erinnert mich an ein Podiumsgespräch, zu dem der Bonneweger Volksbildungsverein am 10. Januar 1967 eingeladen hatte. Ben Fayot, Camille Kieffer, Pierre Kill, Paul Margue, Marcel Mart, Frank Steinmetzer und Gilbert Trausch nahmen damals – also vor 48 Jahren – Stellung zum Thema „Wege und Mittel der Erziehung zur Politik“.

Eine grundsätzliche Frage war zu klären: Sollte es sich bei der Erziehung zur Politik um eine reine Information über elementare Fakten handeln, wie staatliche Institutionen und Gesetzgebungsverfahren, und um Modalitäten des Zusammenlebens im Staat, während die eigentliche Meinungsbildung, das tiefere Engagement der Persönlichkeit, Thema des Philosophieunterrichts und des Moralkurses überlassen bleiben würde? Diese These wurde am klarsten von Paul Margue verteidigt.

Gilbert Trausch seinerseits forderte eine weit gefasste politische Bildung, die Erziehung zur verantwortungsbewussten, staatsbürgerlichen Haltung. In seinem sehr sachlichen Referat zeigte er, wie weit z.B. Schweden die „social studies“ verstand und welche Themen dort einbezogen wur-

den. Neben Geografie, neben Geschichte und rein politischer Information muss politische Bildung nach schwedischem Beispiel auch volkswirtschaftliche Fächer behandeln.

Marcel Mart stellte dann die vielleicht heikelste Frage: Hat der Unterrichtende, der Lehrer, der Vertreter der „auctoritas“, die notwendige Distanz, Unabhängigkeit, Objektivität und geistige Freiheit, die es ihm erlauben, politische Bildung von Indoktrinierung zu unterscheiden? Daraufhin entbrannte eine heftige Diskussion. Beiträge aus dem Publikum hatten zuvor hervorgehoben, dass u.a. das Fach „doctrine chrétienne“ ein Beispiel für einseitige Meinungsbildung und tief eingewurzelte Vermischung von Politik und Religion sei. Aber die Podiumsredner blieben der Meinung, der wissenschaftlich ausgebildete Lehrer sei „souverän“ genug, um der „politischen Bildung“ die notwendige Objektivität und ideologische Unabhängigkeit zu sichern.

Politische Bildung als Schulfach?

Auch die nächste Frage war wesentlich: Braucht es überhaupt für politische Bildung ein besonderes Fach? Ich wehrte mich bereits damals gegen die Einführung eines einspurigen, möglicherweise oft „langweiligen“ Fachs. Ich stand mit dieser Auffassung nicht allein da: Pierre Kill hat mit beachtenswerter Schärfe den Nachweis erbracht, dass dieses Zusatzfach überflüssig ist, wenn alle sogenannten humanis-

tischen Fächer zur politischen Bildung benutzt werden. Es ging Pierre Kill vor allem um den Geschichtsunterricht: Wenn die Anteilnahme der Jugend am politischen Geschehen des Augenblicks geweckt werden soll, müssen zuerst die geschichtlichen Voraussetzungen dafür geschaffen werden. Es muss für die Behandlung der näheren Gegenwart mehr Zeit zur Verfügung stehen. Die meisten Punkte und Themen könnten – so Kill weiter – in einem modernisierten Geschichtsunterricht umfassend behandelt werden. Zwar würden sie immer noch aus ihrer Entwicklung heraus dargelegt werden, aber doch in einer direkten Beziehung zu den heute bei und um uns gegebenen Verhältnissen.

Mich beeindruckte damals die Illustrierung seiner These: Johann der Blinde und ähnliche pittoreske Figuren mögen interessant sein, wichtig und unerlässlich aber sei die Erklärung, wie das heutige Großherzogtum sich im Laufe der Geschichte, besonders im 19. Jahrhundert, entwickelt hat. Das setze allerdings voraus, dass man die Entstehung unserer Institutionen erklärt, dass man zeigt, was eine konstitutionelle Monarchie, was Parlamentarismus ist, wie eine Partei arbeitet oder auch auf welchem Weg die Gewerkschaften und andere Interessen- oder Berufsgruppen ins politische Geschehen eingreifen. Ich erinnere mich noch heute gerne an ein zweites „Momentum“ dieses Podiumsgesprächs: Ein Diskussionsredner hat mit Vehemenz anhand einiger Beispiele erläutert, dass der Literaturunterricht sich vortreff-

lich zur politisch-philosophischen Meinungsbildung eigne. Er hatte als Einziger den Mut, darauf hinzuweisen, dass die persönliche Stellungnahme des Lehrers wichtig ist: Literarische Werke dürften nicht nur sprachlich und aus der Perspektive der Literaturgeschichte behandelt werden. Durch die Auswahl der Texte und eine gesellschaftskritische Darstellung ihres Kontextes und durch die Erläuterung der Weltanschauung des Autors sei es möglich, die Jugendlichen zum politischen Denken und zum gesellschaftlichen „engagement“ zu führen.

Praxis der politischen Bildung

Im Laufe der Diskussion wurde mehrmals darauf hingewiesen, wie wichtig es ist, unsere Gesellschaftsform in der Schule in die Praxis umzusetzen. „Self-government“ – ausgedehnt durch Schülerparlament und Schülermitverantwortung – stand in den 60er-Jahren im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit. Doch Zuhörern und Podium waren noch andere Elemente wichtig: Vorträge von Persönlichkeiten des politischen Lebens, regelmäßige Besuche der staatlichen Institutionen, die einen Einblick in das Funktionieren des politischen Geschehens ermöglichen. Politische Bildung muss mehr sein als schulische „instruction civique“!

Bildungsminister Meisch hat die Wichtigkeit dieser Ausrichtung erkannt. Es bleibt zu hoffen, dass auch die Programmkommis-

sionen bereit sind, neue Wege zu gehen. Bereits vor fast 50 Jahren hatte sich ein Grundkonsens herausgeschält: Politische Bildung und Erziehung zur Demokratie müssen – auch und gerade in der Schule! – „kritisch“ angelegt und gleichzeitig auf die „politische Praxis“ bezogen sein, wenn sie nicht bloße Predigt für taube Ohren sein sollen. Eine grundsätzliche Frage, die in den 60er- und 90er-Jahren gestellt wurde, ist immer noch relevant: Wird der Begriff „politische Bildung“ weiterhin als parteipolitische Indoktrinierung verpönt bleiben? Oder wird „politische Bildung“ als Erziehung zur demokratischen Grundeinstellung und zur demokratischen Praxis thematisiert – als außerschulische wie auch als schulische Herausforderung?

Bereits in einem Beitrag im *Phare* von März 1999 schlug ich „ein unabhängiges Institut für politische Bildung und Erziehung zur Demokratie“ vor. Meine Sorge war damals wie heute: Werden wir uns weiterhin mit Alibi-Lösungen begnügen und betrügen, etwa indem wir, wie jetzt vorgeschlagen, Jugendliche zwar früher, aber völlig unvorbereitet zu den Urnen schicken – und immer noch über Politikverdrossenheit, Radikalisierung und Integrismus jammern?

Eine „Zentrale für politische Bildung“, wie sie bereits vor 16 Jahren gefordert wurde und nun den politisch Verantwortlichen vorschwebt, ist heute wie gestern bitter notwendig. Allein schon die Debatten um das Wahlrecht vor der Volljährigkeit und um das sogenannte „Einwohnerwahlrecht“ sind dafür Beweis genug.

Politische Bildung im Zentrum

Romain Hilgert

Ein wenig war es in den Diskussionen über die Erklärung zur Lage der Nation untergegangen, die Premierminister Xavier Bettel vergangene Woche im Parlament verlas: Die Regierung plant, der Nation ein „Zentrum für politische Bildung“ zu schenken, das auch in Sparzeiten „die nötigen finanziellen und organisatorischen Mittel bekommen soll, um optimal zu funktionieren“. Eine staatliche Einrichtung für politische Bildung sei „für Luxemburg ein neues Gebiet“, auch wenn es „eine solche Institution im Ausland schon häufig“ gebe. Das ausländische Vorbild des geplanten Zentrums für politische Bildung scheint die Bundeszentrale für politische Bildung zu sein. Sie war 1952 in Deutschland als Bundeszentrale für Heimatdienst gegründet worden, um nach der Niederlage im Zweiten Weltkrieg einige Millionen Nazis zu überzeugen, sie sollten sich endlich Hitler aus dem Kopf schlagen und sich mit dem bis dahin als „Parteienwirtschaft“ mies gemachten Parlamentarismus versöhnen. Nach dem Mauerbau wurde der Heimatdienst 1963 in Bundeszentrale für politische Bildung umbenannt und zur Propagandazentrale des CDU-Staats im Kalten Krieg.

Wenn es nicht bloß darum geht, der wachsenden Zahl von Politologen Arbeit und Brot zu verschaffen, die keine Einstellung bei den Fraktionssekretariaten der Parteien

finden, kann man sich fragen, weshalb die Regierung die Gründung eines Zentrums für politische Bildung für nötig hält. Erschienen ihr die Wähler 2005 gefährlich ungebildet, als sie beim Referendum um ein Haar den Europäischen Verfassungsvertrag abgelehnt hatten? Brauchen die Wähler 2015 politischen Nachhilfeunterricht, weil sie im bevorstehenden Referendum mehrheitlich gegen die Regierungsvorschläge zu stimmen drohen? Droht in einer Generation, die lieber Facebook als das *Luxemburger Wort* liest, der Glaube an den Segen der Europäischen Union, der Großregion und eines strukturellen Haushaltsüberschusses zu erlöschen?

Die Regierung scheint es besonders für die politisch „bildungsfernen“ Wähler zu befürchten. Nur offen sagen kann sie es nicht. Deshalb sollen die politischen Sozialarbeiter des geplanten Zentrums den „Kampf gegen Fanatismus und Extremismus“ aufnehmen, so wie auch der neue Religionsunterricht „Leben und Gesellschaft“ eine scharfe Waffe gegen den „Radikalismus“ werden soll. Was das ist, weiß niemand außer dem Direktor des demnächst wieder mit neuen Vollmachten ausgestatteten Service de renseignement, und der ist überzeugt, dass es um die Einstiegsdroge zum Terrorismus geht. So als könne Terrorismus mit Broschüren und Faltschriften statt durch

die politische Ursachenbekämpfung verhindert werden. Wenn der Terrorismus nicht gerade von einem Extremismus der Mitte ausgeht, wie die hohen Polizeioffiziere zeigen, die derzeit eine Anklage im *Bommeleerthen*-Prozess riskieren. Doch die Nazis nannten die Resistenzler und das *Luxemburger Wort* den Nelson Mandela „Terroristen“, für manche ist heute schon eine Schülerin mit einem Kopftuch eine Fanatikerin. Deshalb sind Fanatismus, Extremismus und Radikalismus keine Straftatbestände, gegen die ein Maulkorbgesetz in Samt nötig ist, und nicht einmal eine Krankheit, die eine staatliche Einrichtung mit dem traurigen Charme der *Maison de l'Europe* bekämpfen soll, sondern durch die Verfassung ebenso geschützte Ansichten wie der exzentrische Glaube des Herrn Erzbischofs an die Transsubstantiation.

Das Zentrum für politische Bildung als politische Bildung im Zentrum soll die Bürger lehren, so der Premierminister, „nicht alles blind zu glauben, was sie von allen Seiten serviert bekommen“. Denn die Regierung will „Bürger, die aufgeklärt und verantwortungsbewusst sind, und eben auch eine eigene Meinung haben.“ So lange sich diese Meinung selbstverständlich innerhalb der von der Regierung und ihren Verwaltungen festgelegten Schranken bewegt.

Zukunftsdësch politesch Bildung - Onlinelinks

- RTL-Tele : Zukunftsdësch Politesch Bildung zu Lëtzebuerg
<http://tele.rtl.lu/emissionen/de-journal/3034837.html>
- RTL – Radio :
<http://www.rtl.lu/letzebuerg/626767.html>
- Radio 100, 7 :
http://www.100komma7.lu/files/4/4/267700_invite-vum-dag.mp3
- Chamber TV :
<http://visilux.chd.lu/ArchivePage/video/1478/sequence/64610.html>

- Lëtzebuenger Land : Politische Bildung im Zentrum
<http://www.land.lu/2015/05/15/politische-bildung-im-zentrum%e2%80%a9/>
- Lux. Wort : Bildungsminister bestätigt / Luxemburg soll Zentrum für politische Bildung erhalten
<http://www.wort.lu/de/politik/bildungsminister-bestaetigt-luxemburg-soll-zentrum-fuer-politischebildung-erhalten-5538fcea0c88b46a8ce57eab>